



Niederschrift 21. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 19.08.2021
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:30 Uhr
Ort, Raum: Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr David Kolesnyk SPD anwesend bis 18:30 Uhr
Herr Tiemo Reimann SPD

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Eifler Bündnis 90/Die Grünen
Frau Sabine Frenkler anerkannte freie Träger
Herr Matthias Kaiser CDU
Frau Cornelia Krönes anerkannte freie Träger
Frau Dr. Sigrid Müller DIE LINKE
Herr Sebastian Olbrich AfD anwesend bis 18:00 Uhr
Herr Frank Otto Bündnis 90/Die Grünen
Frau Ute Parthum anerkannter freier Träger
Frau Julia Schultheiss anerkannte freie Träger
Herr Bodo Ströber anerkannter freier Träger
Frau Katharina Tietz anerkannter freier Träger

stellv. Ausschussmitglieder

Herr René Kulke DIE aNDERE anwesend ab 16:45 Uhr
Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE anwesend bis 17:30 Uhr
Herr Andreas von Essen anerkannte freie Träger

beratende Mitglieder

Herr Robert Witzsche Kita-Elternbeirat
Frau Katrin Hayn Gesundheitsamt

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel Geschäftsbereich 2 anwesend bis 18:30 Uhr

Gast

Frau Sabine Reisenweber Fachbereich 23

Vertreter der Beiräte

Frau Fereshta Hussain Migrantenbeirat anwesend ab 17:14 Uhr

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Annina Beck DIE aNDERE entschuldigt
Frau Isabelle Vandré DIE LINKE entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Eva Thäle

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.06.2021 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Wahl Vorsitz Jugendhilfeausschuss

- 4 Wahl stellvertretender Vorsitz Jugendhilfeausschuss

- 5 Wahl eines/einer Fraktionsvertreters/in in den Unterausschuss
Jugendhilfeplanung

- 6 Informationen des Jugendamtes

- 6.1 Zwischenstand zur Organisationsuntersuchung des Fachbereichs 23

- 6.2 Information der Verwaltung zum Stand der Kita-Rechtsreform

- 6.3 Sachstand Fortschreibung Jugendförderplan

- 6.4 Bedarfsgerechte Maßnahmen für Kinder mit besonderen Bedarfen

- 6.5 Information der Verwaltung - Vorstellung Rahmenkonzept "Andere
Kindertagesbetreuung"

- 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB
VIII

- 8 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat
- 9 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 10 Auswahl eines geeigneten Trägers für den Betrieb von Kindertagesbetreuungsstandorten (im Bedarfsplan) in der LHP - Kriterien und Verfahren
21/SVV/0819
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 11 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 12 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung
- 13 Besetzung der Stelle der Jugendamtsleitung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kolesnyk, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.06.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 17.06.2021. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Herr Kolesnyk informiert zur Tagesordnung darüber, dass die TOP 12 und 13, d.h. der nicht öffentliche Teil, vor TOP 6 vorgezogen wird.

Er stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von Herrn Kolesnyk zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

zu 3 Wahl Vorsitz Jugendhilfeausschuss

Herr Kolesnyk erläutert, dass er sein Mandat der Stadtverordnetenversammlung zum 01.08.2021 niedergelegt habe. Die Funktion des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses muss nun neu gewählt werden.

Zur Wahl stellt sich Herr Tiemo Reimann. Da keine weiteren Vorschläge vorliegen, lässt Herr Kolesnyk über eine offene Wahl abstimmen. Dem Vorgehen wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend stellt er Herr Reimann als Ausschussvorsitzenden zur Wahl. Herr Reimann wird einstimmig als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses gewählt.

Herr Reimann nimmt die Wahl an und übernimmt die Leitung der Sitzung.

zu 4 Wahl stellvertretender Vorsitz Jugendhilfeausschuss

Herr Reimann erläutert, dass Frau Vandre als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses zurücktritt und schlägt Frau Dr. Müller als neue stellvertretende Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses vor. Da keine weiteren Vorschläge vorliegen, schlägt er vor, offen abzustimmen. Dem Vorgehen wird einstimmig zugestimmt.

Frau Dr. Müller wird mit 14 Ja-Stimmen von insgesamt 15 abgegebenen Stimmen als stellvertretende Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses gewählt. Frau Dr. Müller nimmt die Wahl an.

zu 5 Wahl eines/einer Fraktionsvertreters/in in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Reimann stellt sich zur Wahl auf. Da auch hier keine weiteren Vorschläge vorliegen, lässt Herr Reimann über eine offene Wahl abstimmen. Dem Vorgehen wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend stellt er Herr Reimann als Fraktionsvertreter in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung zur Wahl. Herr Reimann wird einstimmig gewählt und nimmt die Wahl an.

zu 6 Informationen des Jugendamtes

zu 6.1 Zwischenstand zur Organisationsuntersuchung des Fachbereichs 23

Herr Repkow stellt den Zwischenstand anhand einer Präsentation vor (**Anhang 1**).

zu 6.2 Information der Verwaltung zum Stand der Kita-Rechtsreform

Herr Richter berichtet anhand einer Präsentation (**Anhang 2**).

In der anschließenden Diskussion erläutert Frau Elsaßer, dass auch die SGB VIII Reform eine weitere Schwierigkeit bei der Reform darstelle und Einfluss nehme.

Weiterhin erläutert sie auf Nachfrage von Frau Dr. Müller, dass mittels der verschiedenen AGs diverse Fragen und Änderungsvorschläge der letzten Jahre in den Prozess der Reform eingespeist wurden. Die Beteiligung an der Reform wird von einigen Mitgliedern kritisiert und eine wirkliche Überarbeitung in Frage gestellt.

zu 6.3 Sachstand Fortschreibung Jugendförderplan

Frau Ukrow stellt den aktuellen Sachstand sowie Ausblick zur Fortschreibung des Jugendförderplans vor (**Anhang 3**).

zu 6.4 Bedarfsgerechte Maßnahmen für Kinder mit besonderen Bedarfen

Frau Schelle berichtet, dass eine Abfrage bei den Krippen und Kitas bis 30.06.2021 stattfand und momentan noch bei den Horten laufe. Seitens der Krippen gab es 66 Rückmeldungen aus den Einrichtungen. Bei den Kitas gab es eine Rückmeldung von 22 Einrichtungen, die Kinder mit besonderen Bedarfen zwischen 30 bis 50 % der Kitabelegung haben. Hauptschwerpunkt in Krippe und Kita sei Migration und Flucht und stelle eine große Herausforderung im Alltag dar. Ein weiterer Schwerpunkt sei Sprache und Sprachentwicklung.

Am 01.09.2021 findet die UAG Qualitätsmanagement unter der Leitung von Frau Schelle statt, wo ein Maßnahmenkatalog mit Unterstützungsbedarfen erarbeitet werden soll. Dieser soll bis zum Sommer 2022 fertiggestellt werden.

zu 6.5 Information der Verwaltung - Vorstellung Rahmenkonzept "Andere Kindertagesbetreuung"

Frau Schelle berichtet, dass nach Rücksprache mit den Trägern im September 2020 eine Überarbeitung des vorhandenen Rahmenkonzeptes erfolgt. Die Abstimmungen mit den Trägern finden in der UAG Hort/Aki statt. Eine Anpassung an die Bedarfe der Kinder und Familien ist dringend erforderlich, um weiterhin ein attraktives Angebot sicherzustellen. Das überarbeitete Rahmenkonzept soll im Frühjahr 2022 dem JHA zum Beschluss vorgelegt werden.

Sonstiges

Förderprogramm PLUS

Herr Richter berichtet, dass die Träger mit Schreiben vom 10.08.2021 informiert wurden, dass eine Finanzierung von PLUS-Projekten aus dem städtischen Haushalt, entgegen des Anschreibens vom 28.07.2021, unter Ausschöpfung des bewilligten Haushaltstrahmens doch möglich ist. Für die Umsetzung stehen analog der Vorjahre 350.000,00 Euro zur Verfügung, wodurch auch Projekte mit einem Maßnahmenzeitraum über das erste Schulhalbjahr hinaus berücksichtigt werden können. Das Antragsvolumen übersteige jedoch die zur Verfügung stehende Haushaltsmittel. Ein weiteres Schreiben werde zeitnah die Schulen bitten jeweils ein Plusprojekt auszuwählen, die Schulen in den Sozialräumen 5 (Am Schlaatz) und 6 (Stern, Drewitz und Kirchsteigfeld) jeweils 2 Projekte.

Frau Aabel führt aus, dass es ein Missverständnis in der hausinternen

Kommunikation gegeben habe. Es sollten keine Kürzungen der etatisierten Mittel vorgenommen werden. Zwischenzeitlich konnten durch Umschichtungen im Geschäftsbereich weitere 80.000 € in die PLUS Projekte fließen.

In der anschließenden Diskussion kritisieren verschiedene Mitglieder das Verfahren und plädieren in Zukunft für eine Abstimmung mit dem JHA, dem UA JHP, der AG §78 JuFö bzw. nach neuer Gremienstruktur je nach Entscheidungsgewalt mit einem entsprechenden Fachgremium, bevor die Informationen an die Träger und Presse gehen. Man erwarte und fordere in Zukunft eine bessere Abstimmung, Kommunikation und Beteiligung, nicht nur in der Planung, sondern auch bei Entscheidungen. Man wünsche sich eine gemeinschaftliche Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Trägern in Zukunft. Weiterhin wird die Auswahl von 2 Projekten für die Schulen in den Sozialräumen 5 und 6 kritisiert. Es hätten prekäre Schulen unabhängig vom Stadtteil ausgewählt werden sollen. Man erinnert an das Engagement der Träger seit Beginn der Pandemie und kritisiert, dass die Reduzierung der Mittel für die PLUS-Projekte keinerlei Wertschätzung für die Träger, Kinder und Jugendlichen sei. Die AG §78 JuFö bittet in Zukunft darum ggf. die Antragsfrist nach vorne zu schieben, um so den Ablauf zu optimieren und Planungssicherheit für die Einrichtungen zu gewährleisten. Vor den Sommerferien sollte geklärt sein, wie bescheidet wird. Frau Aubel sagt zu, in der übernächsten Sitzung das Verfahren zur Diskussion zu stellen um einen reibungsloseren Ablauf für die Förderung in den Folgejahren zu gewährleisten.

PAUSE 18:30 – 18:40 Uhr

zu 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UA JHP

Herr Ströber berichtet, dass der UA am 10.08.2021 per Videokonferenz getagt hat.

Es wird zum Zwischenstand Jugendförderplanerstellungsprozesses berichtet. Die UAG habe dreimal getagt und grundsätzliche Themen zum Erstellungsprozess abgestimmt. Es wurden Umfragen bei den AGs nach § 78 als Grundlage für die Beteiligungsmodule 1 und 2 abgeschlossen. Im Juni und Juli fand eine Befragung mit folgender Beteiligung statt: ein Fragebogen für die Träger (Beteiligungsmodul 1). Bis 06.08.2021 gab es Rückmeldungen von 14 von 20 Trägern. Weiterhin wurden Interviews mit externer Prozessbegleitung mit bisher 17 Trägern geführt. Diverse Fakten, Übersichten, Zusammenfassungen und Daten liegen umfänglich vor. Am 31.08.2021 findet der Beteiligungsworkshop „Visionen – Ziele – Maßnahmen“ zur Verabredung von zentralen Zielen im Live-Diskussionsformat statt. Auf Grundlage der Ergebnisse der Recherchen sowie der Beteiligungsmodule und Handlungsempfehlungen der Prozessbegleitung werden dann die Ziele abgeleitet und mit der UAG Jugendförderplanerstellung abgestimmt. Die ursprüngliche Zeitschiene sah wie folgt aus: SVV 03.11.2021, Überweisung in JHA 25.11.2021, Beschluss in SVV 01.12.2021. Diese kann voraussichtlich nicht gehalten werden. Das Thema wird in den nächsten Monaten erneut auf der Tagesordnung des UA stehen.

Zum Förderprogramm PLUS wurde der aktuelle Stand besprochen. Der UA JHP kritisiert das Vorgehen im Vorhinein. Der UA, JHA, AG §78 JuFö/ oder evtl. betroffene Schulen hätten vorab informiert/ miteinbezogen werden müssen. Der UA bittet um die Diskussion der Rolle des UA/JHA im Abstimmungsprozess mit der Verwaltung bei solchen Entscheidungen (d.h. zwischen dem JHA Vorsitzenden und UA Vorsitzenden in der AG § 78 JuFö).

Herr Otto erinnert an die Anträge zu den psychosozialen Folgen der Pandemie aus der Maisitzung des JHA (Schaffung einer Stelle zum Thema Seelische Gesundheit 21/SVV/0307, Unterstützende Maßnahmen zur Bekämpfung von Pandemie-Spätfolgen bei Jugendlichen 21/SVV/0395, Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der Pandemie 21/SVV/0498) und bittet um Info zum aktuellen Stand der Ergebnisse im JHA. Im nächsten UA werde man sich weiterhin mit der Situation in der Erziehungs- und Familienberatung beschäftigen.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 31.08.2021 digital statt.

AG Kita

Herr Martin Neubert berichtet, dass die AG am 19.08.2021 getagt habe.

Auswahl eines geeigneten Trägers für den Betrieb von Kindertagesbetreuungsstandorten (im Bedarfsplan) in der LHP – Kriterien und Verfahren

Die überarbeitete Matrix für die Vergabe von neuen Standorten sei laut der AG reine Verwaltungsentscheidung und Träger waren nicht beteiligt. Es gäbe Bedarf auf Trägerseite, sich zu einzelnen Punkten auszutauschen und transparentere Kriterien zu entwickeln. Bitte an den JHA seitens der AG: Verfahren öffnen, um Trägerimpulse mit einbeziehen zu können.

Kinder mit besonderen Bedarfen

Es gäbe dringenden Bedarf in mindestens 9 Einrichtungen (gefiltert aus Umfrage bei allen Trägern; Rücklauf: 66 Einrichtungen; Hort sind noch ohne Auswertung). Hier sei zeitnah finanzielle Unterstützung für Kinder mit besonderen Bedarfen notwendig.

Mittagessen Hort

Angemessener Preis für Schulesen kann durch die LHP auch auf dem Niveau häuslicher Ersparnis festgelegt werden. Hinweis: es gehe um nur 6 VHG Schulen. Position Elternbeirat und Träger. Die AG könne nicht nachvollziehen, warum Kinder aus den 6 VHG Schulen anders behandelt werden, obwohl sie ebenfalls Hortkinder sind.

Pandemie

Die AG erwarte hohe Ausfälle bei geringfügigen Symptomen. Die Lösung bei Bedarfsfällen – Durchführung weiterer Tests, doch die Finanzierung über Betriebskosten sei unklar. Auch geimpfte und genesene Mitarbeitende sollen die Möglichkeit zu Tests haben, um sicherzustellen, dass die Einrichtungen offenbleiben können.

Anhörung zur Kürzung der Abschlüsse 2021

Erstmalig unterjährige Kürzung der Abschlüsse zur Finanzierung der Arbeit in Kitas nach nicht nachvollziehbaren Annahmen der Verwaltung. Abrechnung und Ausgleich der tatsächlichen Kosten erst viel später und dadurch Übertragung jeglichen finanziellen Risikos auf Träger. Abschlüsse müssen den Betrieb der Kitas und deren Träger sicherstellen. Verfahren grundlegend umgestellt ohne vorherige Abstimmung in der AG78. Bei flächendeckend fehlenden Betriebskostenabrechnungen aus mehreren Jahren kann dieses Verfahren Träger zusätzlich in finanzielle Schwierigkeiten bringen.

AG HzE

Die AG hat nicht getagt.

AG JuFö

Frau Tietz berichtet, dass die AG in einer Sondersitzung am 12.08.2021 getagt habe.

Man habe sich mit Förderprogramme PLUS (siehe TOP 6 Sonstiges), der Jugendförderplanerstellung sowie einem medienpädagogischen Konzept beschäftigt, welches sich in den letzten Zügen befinde (Information folgt).

Reg AG 1

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 2

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 3

Die AG hat nicht getagt.

zu 8 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Frau Buhr berichtet, dass sie einen Jugendrat einberufen habe. Momentan habe dieser 6 Mitglieder (Alter ab weiterführender Schule), tage 2x monatlich per Videokonferenz und arbeite themenorientiert. Frau Buhr werde regelmäßig im JHA dazu berichten. Wer Fragen oder Interesse daran habe, könne sich mit ihr in Verbindung setzen.

zu 9 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche berichtet, dass die letzte Beiratssitzung am 22.06.2021 stattgefunden habe, welche auch die vorletzte Sitzung in dieser Legislaturperiode gewesen sei. Viele Themen aus der Sitzung decken sich mit denen der letzten Sitzung und der Arbeitsstand habe sich seit Juni nicht oder kaum verändert. Aktuelle Themen: Versorgung der Hortkinder mit Mittagessen (20/SVV/0189), Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung bei erneuter Elternzeit (20/SVV/0947), Kosten einer einheitlichen Kitaelternbeitragsordnung 2021. Auch der Umgang mit der KitaBBV bei der Einvernehmensherstellung und die beantragte Akteneinsicht

zu den aktuellen Einvernehmen werden weiterhin Thema sein. Bisherige Themen aus den letzten Wochen: Vorbereitung der Neuwahl des KiTa-Elternbeirats, Organisation eines Fachtags zum Thema Kitafachkräfte und Befragung einiger der DirektkandidatInnen zur Bundestagswahl in Podcasts zu ihrer Sicht auf Kindertagesbetreuung und Familien.

zu 10 Auswahl eines geeigneten Trägers für den Betrieb von Kindertagesbetreuungsstandorten (im Bedarfsplan) in der LHP - Kriterien und Verfahren 21/SVV/0819

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Frau Schelle bringt die Beschlussvorlage ein. Im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens wurde in einem Erörterungstermin seitens des Gerichts Bedenken zur Entscheidungsfindung mittels der Bewertungsmatrix angezeigt. Kritisiert wurde, eine nicht hinreichende Dokumentation und die Ermessenserwägungen seien nicht hinreichend erkennbar. Zur Art des Verfahrens gab es keine relevanten Hinweise. Aufgrund dieser angezeigten Bedenken wurde die Bewertungsmatrix durch die Verwaltung modifiziert.

Sowohl das SGB VIII als auch das KitaG lassen Ausführungen zur Auswahl eines geeigneten Trägers für einen Kindertagesstandort offen. Der § 2 Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) formuliert die Sicherung und Förderung eines breiten Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen als die Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft. Gemäß § 12 KitaG hat der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Aufgabe, die Kindertagesbetreuung nach § 1 KitaG zu gewährleisten. Darüber hinaus muss der Träger einer Kindertageseinrichtung bereit und in der Lage sein, bedarfsgerechte und geeignete Einrichtungen nach den Vorgaben des KitaG zu betreiben und eine angemessene Eigenleistung zu erbringen (§ 14 Abs. 2 KitaG).

Da die Vergabe und letztlich die Betreibung der Standorte den Anspruch des Trägers auf eine entsprechende Förderung nach sich ziehen, sind bei einer Auswahl, die in §§ 74 SGB VIII, 14 KitaG genannten Eignungsvoraussetzungen zu beachten.

Die Prüfung der wirtschaftlichen Zuverlässigkeit eines Trägers und der Eignung, eine den Qualitätsansprüchen des KitaG genügende Kinderbetreuung zu leisten, erfordert kein förmliches Vergabeverfahren. Folgend sind die Vorschriften des Vergaberechts nicht anwendbar. Auch wenn eine s.g. Gestaltungsfreiheit gegeben ist, müssen folgende Parameter nachvollziehbar sein:

- Was wird gefordert? (Zuschlagskriterium)
- Was soll erreicht werden? (Zielstellung)
- Was ist für eine Bewertung im Sinne der Zielerreichung hilfreich? (Anforderungen an das Konzept / Angebot)

Aus Sicht der Verwaltung sind mit der modifizierten Bewertungsmatrix alle Parameter erfasst und die Entscheidungsfindung unter Beachtung der Ermessensabwägungen sowie die Ergebnisse sind nachvollziehbar. Es kann davon ausgegangen werden, dass mit der neuen Matrix keine gleichen

Punktwerte entstehen und die Entscheidungen transparent dokumentiert werden.

In der anschließenden Diskussion ist die Überarbeitung positiv zur Kenntnis genommen worden. Gleichwohl werden einzelne Kriterien der Matrix als unverständlich empfunden. In der AG Kita nach §78 SGB VIII wurde am heutigen Tag die Mitteilung zur Einbringung der Matrix in den JHA besprochen und die Träger der Kindertageseinrichtungen wünschen eine Beteiligung und sehen ggf. einen Überarbeitungsbedarf. Die Verwaltung weist darauf hin, dass das Verfahren ein Verwaltungsverfahren sei und eine Beteiligung der freien Träger daher bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht stattgefunden hat. Es wird angeboten die Aspekte der Qualität / Geeignetheit eines Trägers in der UAG Qualität der AG 78 Kita zu thematisieren und etwaige Modifizierungen im Verlauf der Anwendung der Matrix vorzunehmen. Die Mitglieder des JHA bitten die Drucksache auf die nächste Sitzung zurückzustellen und eine Überarbeitung mit der AG Kita nach §78 SGB VIII vorzunehmen.

Herr Reimann stellt den Antrag auf **Zurückstellung bis zur Septembersitzung des JHA** zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

zu 11 Sonstiges

Frau Tietz bittet darum in der nächsten Sitzung über den Abenteuerspielplatz „Blauer Daumen“ und wie dieser weiter betrieben werde zu sprechen.

Frau Parthum bittet darum in den nächsten Sitzungen eine Information von der Verwaltung zu erhalten, welche PLUS-Projekte mit welchen Themen abschließend gefördert werden.

ENDE 19:30 Uhr